



## Editorial

Zuerst Griechenland, Irland und Portugal, demnächst Spanien und Zypern und dann wohl auch Slowenien. Die Liste der Länder, die unter Rettungsschirmen geflüchtet sind oder dies wollen, wird immer länger. Wieder ist mit Slowenien ein Land betroffen, welches wie Spanien und Irland bis zum Ausbruch der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2007 die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorbildlich erfüllt hat. Gleichwohl sind die öffentlichen Haushalte dieser Länder durch den Fiskalpakt gefordert, einen großen Teil der Lasten aus der Konsolidierung ihrer Banken zu tragen. Ob sie das können, bleibt abzuwarten; und wenn sie es nicht können, werden auch die bisherigen Rettungsschirme an ihre Grenzen stoßen. Die Zweifel sind keinesfalls ausgeräumt, dass Griechenland nicht bald wieder zur eigenen Währung zurückkehren wird – mit wahrscheinlich hohen Kosten für das Land und den Euroraum. Es scheint zwar, dass die kurzfristigen Kosten eines derartigen Schocks für den Euroraum kalkulierbar sind und möglicherweise auch geringer ausfallen als noch vor zwei Jahren. Aber jene Risiken, die sich vor allem aus den langfristigen politischen Folgen eines Austritts ergeben, können mit ökonomischen Modellen wohl nicht kalkuliert werden. Im Bewusstsein vieler öffentlicher und privater Entscheidungsträger ist noch nicht angekommen, dass ein Austritt aus dem Euro auch die Gefahr eines Austritts aus der Europäischen Union erhöht. Die wirtschaftlichen Turbulenzen nach Aufgabe des Euro würden die griechische Regierung zu Maßnahmen zwingen, die den EU-Vertrag auf vielen Gebieten verletzen, beispielsweise die Freiheit des Kapitalverkehrs; jede Beschränkung ist hier ausnahmslos verboten. Wenn das Szenario eines EU-Austritts durchgespielt wird, dann sei daran erinnert, warum Griechenland 1984 in die EG aufgenommen wurde. Das Motiv war die Stabilisierung des Überganges zur Demokratie nach dem Zusammenbruch der Militärherrschaft 1978 und die Stabilisierung der Südostflanke Europas (Zypern-Konflikt). Ein ähnliches politisches Motiv galt auch für die Aufnahme Spaniens und Portugals 1986 nach dem Ende der dortigen Diktaturen. Kann eine Austrittsdynamik langfristig die demokratische Stabilität in Griechenland gefährden? Und was kostet dies die Europäische Union? Wären diese Kosten geringer als die Kosten für ein Bewahren des Euroraums in seiner derzeitigen Gestalt? Eine verantwortliche und langfristig angelegte EU-Reformstrategie muss Antworten auch auf diese Fragen geben. So oder so: Alle Alternativen sind teuer, auch für Deutschland. Neu ist dies nicht: Beispielsweise wurde mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 eine frühere Krise überwunden, die Jahre des „Europessimismus“, und der Weg in eine vertiefte Integration mit Struktur- und Regionalfonds geöffnet. Ein Blick zurück in die Geschichte der EU lohnt sich!

*Hubert Gabrisch*